

Rückblick auf Österreich oder zum Lobe der Hausmusik

Autor(en): **Stamm, Rudolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **70 (1990)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rudolf Stamm

Rückblick auf Österreich oder: zum Lobe der Hausmusik

Italia erit in orbe ultima. Die Ortsverschiebung von Wien nach Rom regt zu Vergleichen an und reizt den professionellen Berichterstatter, Parallelen zu ziehen. Der Herrschaftsanspruch, der sich im A.E.I.O.U. (alles Erdreich ist Österreich untertan) Kaiser Friedrichs III. ausdrückte, unterliegt, wenn man sich einmal in Rom befindet, den Gesetzen der Relativität. Den Römern fehlte der richtige Anfangsbuchstabe, um das Selbstverständliche ihrer Weltherrschaft auf so einprägsame Weise darzustellen, aber sie zweifelten sicher ebenso wenig daran, die massgebenden Herren der Erde zu sein, wie die Habsburger zur Zeit Friedrichs III. Wie die Österreicher später der Abkürzung einen milderen Inhalt gaben, sind auch die Römer und Italiener heute in ihren Ansprüchen bescheidener und geben sich zufrieden mit der weltweiten Anerkennung dafür, dass es sie und ihre grosse Vergangenheit gibt und dass jedermann bedauerte, wenn dem nicht so wäre. Die Sehnsucht nach Auferstehung der alten Grösse wird in beiden Ländern zunehmend seltener. Im Windschatten der grossen Machtströme zu leben bringt Vorteile mit sich, unter anderem den, dass man der eigenen Geschichte die positiven Seiten abgewinnen kann.

Wird die Betrachtung allzu idyllisch und selbstgefällig, braust freilich zuweilen ein Sturm durch die Gartenlaube. Das kann, wie Österreich von 1986 bis 1988 erfahren musste, mit Unfreundlichkeiten, ja mit Ungerechtigkeiten verbunden sein. Doch solche Stürme bewirken auch, dass der Hausbesitzer die durcheinandergewirbelten Möbel einmal aus einem andern Blickwinkel betrachtet und feststellt, dass einige verschnörkelte Stücke nicht jenen Wert besitzen, den er ihnen sentimentalerweise und der Überlieferung folgend beigemessen hat. Sie können sogar den Entschluss fördern, einzelne zerkratzte und gestauchte Objekte nicht mehr neu zu lackieren oder zurechtzubiegen. Dies ist, wenn ich mich nicht irre, in Österreich 1988 geschehen. In der Beschäftigung mit der jüngeren eigenen Vergangenheit hat man sich davon überzeugt, dass nicht alle Positionen erhaltenswert waren, und sich von einigen verabschiedet.

Die Begegnung des Schweizers mit Österreich ist häufig diejenige zwischen einem Menschen, der den andern verbessern möchte, weil er das Schlechte nicht akzeptiert, und einer Mentalität, welche den Menschen mit seinen Schwächen akzeptiert, sich selber nicht allzu viel Gutes zutraut (Nestroy)¹ und dennoch weder resigniert noch an der Welt verzweifelt. So

könnte man den Österreicher als Erwachsenen, den Schweizer als parzivallesken Jüngling bezeichnen, wenn sich nicht dort, wo es um die Beurteilung eines Sachverhaltes geht, meist eine spiegelbildliche Situation ergäbe. Nun urteilt der Schweizer plötzlich nüchtern, analysiert Fakten, während sich der Österreicher von nicht immer genau erfassbaren übergeordneten Vorstellungen leiten lässt und letztlich auf sein Gefühl horcht. Auch legt er mehr Wert darauf, dass der äussere Anschein einer Sache oder einer Entscheidung einer guten Form entspreche, ob beispielsweise ein Politiker seine Vorstellungen auf angenehme Art (mit unaufdringlichem Schmä) vorzubringen weiss. Eine gewisse Bereitschaft, sich auf angenehme Weise politisch verführen zu lassen, ist vor allem den Wienern nicht fremd.

Da ist man denn als Aussenstehender erstaunt, wie unglaublich wenig sachliche Argumente noch wiegen, wenn einmal die Meinungen der vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Notwendigkeit entsprechend geformt sind. An jenem Herbsttag des Jahres 1974, da ich zwecks Berufsausübung als Korrespondent der «NZZ» in Österreich eintraf, sah ich am Bildschirm in einem Gasthof am Mondsee, wie Gerd Bacher sein Konzept von Radio und Fernsehen rechtfertigte, mit überzeugenden oder mindestens bedenkenswerten Argumenten, und dennoch, mit Recht, *la mort dans l'âme*; denn dass er weichen musste, war, wie ich tags darauf in Wien erfuhr, beschlossene Sache². Später hat Josef Taus als ÖVP-Obmann die wirtschaftliche Entwicklung des Landes kritisiert und dabei Dinge gesagt, die heute praktisch allgemein gutgeheissen werden, und wurde dabei vorwiegend nach dem Sitz seines Krawattenknopfes beurteilt.

Doch ebenso bedenklich wie die Verführbarkeit des Volkes durch die Politiker erscheint mir die Verführbarkeit der Politiker durch das Volk, in Gestalt der Meinungsforschung. Der Schlag von Politikern, die es wagten, einer in der Bevölkerung diffus verbreiteten Meinung eine eigene Idee entgegenzusetzen und für sie zu kämpfen, trat immer mehr in den Hintergrund. Bevor auch weiter westlich das Wort von der sozialen Akzeptanz einer politischen Entscheidung Einzug hielt, war diese Akzeptanz in der Donau-Alpen-Republik zum Leitmotiv geworden. Zuweilen ergab sich der fatale Eindruck, die Regierenden fürchteten die Boulevardpresse mehr als die Opposition. Im Ergebnis erhielt die Boulevardpresse, ohnehin schon die stärkste in Europa, weiteren Auftrieb, was einer sachbezogenen öffentlichen Diskussion abermals ein Stück Boden entzog. Bruno Kreisky hatte durchaus zielstrebig mit dem Abschneiden einiger alter Zöpfe im Zivilrecht begonnen, hatte der Wissenschaft eine Tür aufgestossen und einige wegweisende Schritte auf dem Weg zur praktischen Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau getan. Er setzte sich damit zwar der Kritik aus, aber er konnte auf einen starken Apparat und eine starke Partei bauen. Nachdem einmal die Aufbruchstimmung in der SPÖ abgeklungen war, versuchte

auch er nur noch selten, die öffentliche Meinung umzudrehen. Wer sonst als Kreisky hätte es wagen können?

Ist die wechselseitige Verführbarkeit von Bevölkerung und Politikern anderswo geringer? Was die Politiker betrifft, bedeutet das Abstellen auf Meinungsumfragen zwecks Festlegung der eigenen Position, das Dem-Volk-nach-dem-Mund-Reden, von Beschönigern und Propagandisten als «Hineinhorchen» bezeichnet, die Regel; während Politiker, die wie De Gaulle, Reagan, Thatcher unbeirrt an ihrer antizyklischen Idee festhalten (und sich dabei erst noch über Jahre hinweg durchsetzen), zu den Ausnahmen gehören. Die österreichische Regierung mag zeitweise etwas exzessiv von den Daten der Meinungsforschung Gebrauch gemacht haben, aber sich im Einklang mit der Bevölkerung zu wissen, gab auch Graz während der Abfangjägergeschichte ein gutes Gefühl.

Der Verführbarkeit der Bevölkerung hat die Schweiz vorsorglich Schranken gesetzt, indem sie Macht und Rolle der Politiker beschränkt. Die Regierungen werden von Kollektivorganen gebildet, in denen der Vorsitz wechselt und der Vorsitzende nur der Erste unter Gleichberechtigten ist. Viele Schweizer haben Kreisky grösste Achtung entgegengebracht, und bei einer Wahl in die Zürcher Kantonsregierung (der Direktwahl, an der sich die grösste Zahl von Wählern beteiligt), hätte er mit einiger Gewissheit das Spitzenergebnis erreicht. Mit ähnlich grosser Gewissheit wäre auch sein einstiger Gegenspieler Taus gewählt worden, nebst fünf weiteren Politikern aus drei verschiedenen weiteren Parteien. Damit soll nicht gesagt werden, der eine oder andere wäre nicht auch für die Landesregierung würdig befunden worden, aber auf deren Zusammensetzung hat das Schweizer Volk keinen direkten Einfluss.

Ruhe ist das erste Bürgerrecht

Weit häufiger als Ausländer werfen eigenartigerweise die Österreicher selbst die Frage auf, ob sie nun wirklich Demokraten seien. Jene nehmen zunächst einmal wahr, dass hier freie, demokratische Wahlen stattfinden, dass die Bildung von Parteien nicht auf arbiträre Hindernisse stösst und dass die demokratisch zustandegekommene Entscheidung geachtet wird. Was sensible Österreicher zuweilen an der demokratischen Durchdringung ihres Landes zweifeln lassen mag, ist der Umstand, dass der Bürger seine politische Tätigkeit mit dem Einwerfen des Wahlzettels in die Urne als beendet betrachtet, dass er darauf das politische Geschäft (ein schmutziges, wie man gehört hat) wieder den dazu Berufenen überlässt und in Ruhe gelassen werden will. In der Tat erscheinen die Teilnahme an der Demokratie und der Wille zum Übernehmen von Verantwortung etwas zurückge-

blieben; lieber verlegt man sich darauf, über das Unabänderliche Klage zu führen oder zu raunzen. Auch der winterliche Protest in der Hainburger Au war für einen grossen Teil der Beteiligten eher ein Happening als eine verantwortbare politische Tat. Die Auswirkungen waren gleichwohl über den Anlassfall hinaus politisch: Der Protest hat in Erinnerung gerufen, dass sich nach dem Grundsatz der Rechtmässigkeit der Verwaltung auch der Staat und seine Organe an die Gesetze halten muss, was, wie sich dann herausstellte, nicht der Fall gewesen war und mit dem dürftigen Hinweis entschuldigt wurde, man sei bisher immer so verfahren.

Eher unvertraut ist den Österreichern der pyramidale, stufenweise Aufbau der Demokratie, dessen Grundlage in der Schweiz eine starke Gemeindeautonomie bildet. Sie sehen nicht recht ein, was das Ganze eigentlich soll, wo doch die Politiker für ihre Arbeit bezahlt werden, noch dazu aus Steuergeldern. Nun hat das schweizerische System, wie etwa die Ereignisse der letzten Jahre veranschaulichen, durchaus nicht nur zu Spitzenleistungen auf der höchsten Ebene der Politik geführt. Aber allen Fehlentwicklungen zum Trotz gehört die Einsicht, dass der Staat kein Abstraktum, sondern eine von den Bürgern gestaltete Form des Zusammenlebens ist, dort schon fast zur Erbmasse, und sie dürfte sich vielen Anfechtungen und Enttäuschungen zum Trotz noch einige Zeit halten. Im Zeitalter der europäischen Integration, an der Österreich teilnehmen will, mag dieses Plädoyer für die Demokratie dem einen oder andern überholt erscheinen. Betrachtet man indessen die vielen Regional- und Basisbewegungen, die in den EG-Mitgliedstaaten entstanden sind, kommt man eher zur Auffassung, der Durst nach Mitsprache und Mitwirkung sei noch immer vorhanden.

Der Aufbau von unten nach oben, der ein beträchtliches Engagement breiter Schichten auf der unteren Ebene voraussetzt, hat in Österreich nur wenige Anhänger. Dass es mit diesem Aufbau etwas auf sich haben muss, zeigt sich indessen auf einem Gebiet, auf dem Österreich Spitzenleistungen erbringt: in der Musik. Nirgends auf der Welt hat ein Volk vergleichbarer Grösse Orchester vergleichbarer Qualität vorzuweisen. Nirgends auf der Welt wird inbrünstiger, ernsthafter und häufiger Hausmusik betrieben, von Dilettanten, Amateuren, angehenden Berufsmusikern. Eine Wechselwirkung zwischen Breite und Spitze kann doch wohl nicht geleugnet werden, und das Ergebnis ist glänzend. Ähnliches lässt sich meines Erachtens vom Theater sagen. Wem die Aufführungen der grossen Bühnen in der letzten Zeit überzüchtet, zu sehr aufs Modische ausgerichtet vorkommen, mag sich damit trösten, dass das Theater an sich, wie Kleinbühnen und Experimentierbühnen beweisen, durchaus floriert. Aus dieser breit angelegten Szenerie heraus wächst immer wieder neues Leben.

Persönlich habe ich trotz einiger nostalgischer Anwandlungen, zu beobachten etwa beim Begräbnis der letzten Kaiserin, nie daran gezweifelt, dass

die Österreicher der Demokratie und auch der Republik verpflichtet sind, auch wenn diese auf einen intellektuellen, «urbanen» Willensakt zurückzuführen und nicht aus einer bäuerlichen Tradition herausgewachsen sind. Falsche Parolen wie jene, dass das eigentliche Ziel nicht in der Demokratie, sondern im Sozialismus bestehe, sind inzwischen auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet. Verfehlte Organisationsformen wie die Ständeordnung sind zwar nicht völlig beseitigt worden, haben jedoch nicht mehr den antimodernen Anstrich und auch nicht mehr die tragende Funktion von einst. Geblieben ist die Anmassung der Parteien, die sich nicht als Instrumente der Demokratie, sondern als deren selbtherrliche Sachwalter betrachten.

Vorsprung der Bundesländer

Geblieben ist der leidige Umstand, dass in Parteisekretariaten über die Auswahl der Parlamentskandidaten entschieden wird und nicht von den Wählern, was zur Folge hat, dass die personelle Zusammensetzung des Nationalrats zu 85 Prozent schon vor der Wahl feststeht. Geblieben ist auch die Kontrolle, welche die Parteisekretariate mittels Fraktionszwang über ihre Mandatare ausüben. Die Parteien lassen sich dabei nicht von der Angst um die Regierbarkeit des Landes leiten, sondern von der Angst um ihre eigene Position. Diese erschöpft sich, wie allgemein bekannt, nicht in der Stellung von Abgeordneten, sondern sie ermöglicht Einflussnahme auf Gebiete, die mit Politik nichts oder nur wenig zu tun haben. Seit Mitte der achtziger Jahre wird die Vergabe von Posten in der verstaatlichten Wirtschaft erfreulicherweise vermehrt nach sachlichen Kriterien entschieden, und bei der Führung der Betriebe gelten mehr und mehr ökonomische Kriterien. Die Aufrechterhaltung der früheren Verstaatlichten-Ideologie brächte Österreich in eine insulare Lage, denn inzwischen haben sich die Staaten, die bis vor kurzem den Sozialismus verwirklichen wollten, eindeutig der Marktwirtschaft und deren Mechanismen verschrieben. Angesichts dieser Entwicklung müssten nun auch eingefleischte Austro-Sozialisten auf den Boden der Wirklichkeit zurückfinden. Dagegen scheint die 1987 angestrebte Wahlrechtsreform still versandet zu sein. Als ob sie um ihr tägliches Brot, die Schlagzeile fürchten müsste, hat sich auch die Publizistik nur wenig für die Frage erwärmt, ob nicht die Mitsprache des Bürgers bei der Kandidatenauswahl ganz entscheidend erhöht werden müsste. Da weder der Fraktionszwang noch von Sekretariaten oktroyierte Bewerber den Vorstellungen der bewusster gewordenen Bürger entsprechen, werden die Parteien, vorab die Grossparteien, in absehbarer Zukunft ein unsanftes Erwachen erleben.

Eine Reihe von Bundesländern ist bei der Suche nach einer Ausweitung der Demokratie dem Bund voraus. Das ist ein weiterer Grund, die verfassungsmässig schwache Stellung der Länder und ihre vergleichsweise geringe Gesetzgebungsbefugnis zu bedauern. Immerhin haben sich die Steiermark und Vorarlberg eingehend mit der schweizerischen direkten Demokratie beschäftigt und von ihr Anregungen bezogen, die zu einer stärkeren demokratischen Durchwirkung des Landes führen können. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, dass sich politische Strukturen von einem Land einfach auf ein anderes übertragen lassen, und kein Schweizer soll so vermessen sein, die eigene Ordnung als das Non plus ultra anzusehen. Doch ich traue dem steirischen und dem vorarlbergischen Realitätsinn durchaus zu, dass er jene Schwächen, die im Laufe der schweizerischen Praxis an den Tag getreten sind, zu vermeiden weiss. Überflüssig zu sagen, dass Systemänderungen meist nur dann als segensreich und zukunftsweisend sind, wenn sie politisch neutral gestaltet und nicht dazu benutzt werden, einer Partei einen momentanen Vorteil zu verschaffen.

Engagement für Mitteleuropa

Die Interessen der Realpolitik gegen humanitäre und bürgerrechtliche Erfordernisse abzuwägen stellte alle demokratischen Regierungen bei ihren Beziehungen mit den Staaten unter kommunistischer Herrschaft vor ein unausweichliches Dilemma. Aus verschiedenen Gründen war es notwendig, mit den Staaten Mittel- und Osteuropas Politik zu betreiben. Handelsaustausch, Informationsabkommen, auf offiziellem Wege angebahnte kulturelle Begegnungen und anderes mehr haben nicht einfach nur das kommunistische System konsolidiert, sondern in vielen Fällen den Menschen östlich der europäischen Trennlinie Vorteile gebracht. Daneben war es wichtig, inoffizielle Kontakte aufrechtzuerhalten und anzubahnen, weil auf diese Weise den die Freiheit entbehrenden Menschen gezeigt werden konnte, dass uns ihr Schicksal nicht gleichgültig ist.

Um das individuelle Schicksal der Menschen in Mitteleuropa haben sich in Wien mehr Leute gekümmert als irgendwo. Hier wurden Theaterstücke von Vaclav Havel aufgeführt und uraufgeführt, von Österreich wurde er mit dem Staatspreis für europäische Literatur ausgezeichnet. Mit der Anbringung einer Gedenktafel für Tomas Masaryk setzte Bruno Kreisky ein Signal, dass man den in seinem Land totgeschwiegenen Staatsmann und sein Werk nicht vergessen wollte. In Wien erhielten, zumeist über Vermittlung von Erhard Busek, polnische, ungarische, jugoslawische Regimekritiker die Möglichkeit, ihre Ansichten darzulegen, wobei der Bogen in aller Regel nie in dem Sinne überspannt wurde, dass die Betroffenen nicht mehr in die Heimat zurückreisen konnten. In Graz wurden mit der Trigon

Begegnungen zwischen Künstlern Jugoslawiens, Italiens und Österreichs gefördert. Von Wien aus steuerten Menschenrechtsgruppen jene Parallelveranstaltung zum Budapester-Kultur-Forum, auf dem Künstler und Schriftsteller und nicht Kulturfunktionäre miteinander ins Gespräch kamen, was dem eigentlichen Sinn des KSZE-Abkommens entsprach. In Wien gab schliesslich das Institut für die Wissenschaften vom Menschen zahlreichen Intellektuellen aus Mitteleuropa die Gelegenheit, an Forschungsprojekten zu arbeiten, die sie im eigenen Land nicht hätten durchführen können. Der Rundfunk beschäftigte sich eingehend, über das aktuelle Geschehen hinaus, mit den Problemen der Nachbarn. Viele der genannten Aktivitäten blieben ein Minderheitenprogramm, was den Vorteil hatte, die kommunistischen Machthaber nicht unnötig aufzuscheuchen und den Nachteil, dass die Zahl der «Bewegten» beschränkt blieb. Dem engagierten «Mitteleuropäer» mag die österreichische Anteilnahme am Geschehen nördlich, östlich und südlich der Grenzen immer noch als zu gering vorgekommen sein; dennoch war sie, auch abgesehen von den persönlichen Bindungen, grösser als bei den westlichen Nachbarn.

Andererseits wurde die Realpolitik, zum Teil als Fortführung der Innenpolitik, oft soweit vorangetrieben, dass man sich fragen konnte, ob unter Berücksichtigung aller Umstände und der bereits absehbaren Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt noch von Realpolitik gesprochen werden konnte. Blicken wir über die zuweilen etwas überschwengliche Höflichkeit hinweg, die auch einen Mann von der Senkrechtigkeit des Bundespräsidenten Kirschlager erfassen konnte, als er im Vorwort zu einem Buch des bulgarischen Präsidenten Schiwkow dessen Leistungen würdigte; Übertreibungen dieser Art richten keinen Schaden an. Es bleiben einige Entscheidungen, bei denen man Wien weder Weitsicht noch grosszügiger Handhabung humanitärer Grundsätze zu attestieren vermag.

Einige Mängel

Gegenüber der Solidarnosc, der gesellschaftlichen Bewegung in Polen, blieben sowohl die Regierung Kreisky als auch der dominierende sozialistische Teil des Österreichischen Gewerkschaftsbundes von verständnisloser Kühle. Dass hier eine Arbeiterbewegung gegen eine autoritäre Partei und Staatsmacht kämpfte, wurde offenbar von dem Augenblick an nicht mehr als verpflichtend betrachtet, als es sich um eine katholisch inspirierte Bewegung handelte. Zielrichtung, Tiefe und Breite der Solidaritätsbewegung wurden zwar nicht von den Österreichern insgesamt, aber von ihren in diesem Fall wichtigsten Repräsentanten, von Regierung und Gewerkschaftsbund, verkannt respektive nicht zur Kenntnis genommen. Die Haltung des ÖGB erschien um so bedenklicher, als sich mehrere seiner Spitzenvertreter

durchaus nicht schämten, mit dem hemdsärmlichen Prager Gewerkschaftschef Karel Hoffmann, einem Exponenten des Unterdrückungskurses, in Wien fröhliche Gartenfeste zu feiern. Es ist unwahrscheinlich, dass ein couragiertes Eintreten Österreichs für die polnische Solidarität deren vorübergehenden Fall in die Tiefe aufgehalten hätte, und so erscheint die fehlende Solidarität mit Solidarnosc heute nur noch als ein Schönheitsfehler. Dennoch: wie man sich auch hätte verhalten können, zeigte zur selben Zeit die katholische Kirche unter Führung Kardinal Königs. Sie handelte nicht nur humaner, sondern auch aus tieferer Kenntnis der polnischen Verhältnisse heraus, etwa indem sie den Plan zur Strukturverbesserung der polnischen Landwirtschaft unterstützte.

Von zweifelhaftem Geschmack mochte auch jener Vertrag zwischen Österreich und der ungarischen Regierung erscheinen, welcher der letzteren die Aufnahme der Bauarbeiten am Donaukraftwerk Nagymaros ermöglichte. Dass das Projekt in Ungarn selbst höchst umstritten war, konnte niemandem entgangen sein, und die österreichischen Vertragsunterzeichner mussten damals schon wissen (auch wenn sie die internationale Presse nur halb so häufig lesen, wie sie das deren Vertretern gegenüber angeben), dass dieses Kraftwerk vom ungarischen Volk nicht gewollt wurde und von einem frei gewählten Parlament nicht gebilligt worden wäre. Wie sie sich hier zur Erreichung eines Vorteils die politische Konstellation zunutze machten, zeigte, dass auch «rote» Manager ein durchaus robustes Geschäftsdenken entwickelt haben. Es gibt gewiss Wege, die österreichische Fehlentscheidung in Sachen Nagymaros zu korrigieren, es sei denn, und dann würde die Angelegenheit bedenklich, man glaube in Wien zu wissen, was für Ungarn gut ist.

Das Verhältnis Österreichs zu Jugoslawien ist seit Jahren durch jenes bereits geschilderte Nachgeben der Politiker gegenüber einer verbildeten vox populi belastet, der ein standfester Politiker unter Inkaufnahme von Wählerverlusten, die anfangs marginal gewesen wären, hätte entgegentreten müssen. Nichts dergleichen geschah: Vom Ortstafelkrieg über die Volkszählung besonderer Art bis zum Gesetz über die Minderheitenschule gaben die für die Geschicke Österreichs Verantwortlichen jenen Recht, die Kärnten noch immer im Abwehrkampf und hinter jedem Slowenen einen potentiellen Staatsfeind sahen. Die Quittung kam mit jener Wahl, die 1989 trotz allen kleinmütigen wahltaktischen Vorsichtsmassnahmen den deutschnationalen Populisten Jörg Haider an die Spitze des Landes Kärnten brachte. Mit einer diskussionslosen Verwirklichung von Artikel 7 des Staatsvertrags, mit einer grosszügigen Politik gegenüber den Burgenländer Kroaten und den Kärntner Slowenen hätte Österreich innere Überlegenheit zu erkennen gegeben. Es hätte die Grundlage zu einer entspannten Zusammenarbeit mit dem heutigen Slowenien gelegt, das sich pluralistisch-

demokratisch orientiert und dessen natürliche erste Anlaufstelle Wien gewesen wäre. Eine Ausnahme im Bild der österreichisch-slowenischen Beziehungen macht die Grazer Ausgabe der «*Kleinen Zeitung*», die aktiv das Gespräch mit der Tageszeitung «*Vecer*» von Marburg/Maribor suchte.

Diesen Beispielen offiziellen Verhaltens, die mir wenig rühmlich erscheinen, wären gewiss auch eine ganze Reihe von Fällen entgegenzusetzen, bei denen die Realpolitik zu annehmbaren und erfreulichen Ergebnissen führte. Darüber im einzelnen Buch zu führen, sei den Historikern überlassen. Ohnehin vermag eine einzige herausragende Tat im richtigen Augenblick alle problematischen Entscheidungen von früher zu tilgen. Der Ballhausplatz hat sie vollbracht, als er im Verein mit Budapest im Sommer 1989 den DDR-Flüchtlingen die Reise in die Bundesrepublik ermöglichte. Die weiteren Auswirkungen, mit denen die Entfernung des Stacheldrahtzaunes bei Nickelsdorf verbunden waren, sind bekannt.

Europäische Partnerschaft

Die Frage, ob die Zukunft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft liege oder ob es eine seiner Tradition entsprechende Rolle in Mitteleuropa anstreben solle, ist gewiss eine Diskussion wert. Die Polarisierung in Richtung auf ein Entweder-Oder wäre hingegen verfehlt. Österreich ist eine westliche Demokratie und all jene Staaten, die das kommunistische Joch abgeschüttelt haben oder im Begriffe sind, dies zu tun, suchen ihr politisch-soziales Organisationsmodell ebenfalls im Westen. Österreich ist ein hochentwickelter Industriestaat und muss seine Beziehungen zu den andern hochentwickelten Staaten ausbauen. Ob der EG-Beitritt, für den sich Regierung und Parlament entschieden haben, die günstigste oder die einzig mögliche Form ist, soll hier nicht untersucht werden. Ungarn und die Tschechoslowakei träten der EG lieber heute als morgen bei, wenn ihnen die internen wirtschaftlichen Verhältnisse und die noch bestehenden Bindungen dies erlaubten. Bis die Schäden von 45 Jahren wirtschaftlicher Fehlentwicklung behoben sind, werden indessen noch Jahre vergehen. Die österreichische Diplomatie hat den Begriff «Brücke» zurecht abgelehnt, wenn es darum ging, Wien eine spezifische Rolle im Hinblick auf die Beziehungen zu kommunistischen Regierungen zuzuweisen. Ebenso kurzsichtig wäre es, wenn Wien heute gegenüber den neuen Demokratien in Budapest und in Prag eine Vorrangstellung beanspruchte und historisch zu begründen versuchte. Österreich kann der Tschechoslowakei und Ungarn — um einmal nur die am weitesten fortgeschrittenen Staaten zu nennen — bei ihrer schwierigen Neuorientierung in sehr starkem Masse behilflich sein, und massgebende Prager Politiker sagen ohne Umschweife, dass sie sich diesem Land am stärksten verbunden fühlen und besonders enge Bezie-

hungen mit ihm anstreben. Dieses Kompliment aus der Tiefe der Seele enthält für den Empfänger auch eine grosse Verpflichtung. Am Ende des 20. Jahrhunderts kann Verbundenheit unter Staaten nur noch Partnerschaft unter Gleichberechtigten bedeuten.

Jenseits des Politischen

Österreich ist nicht nur ein politisches Gebilde, und das Wesen der Österreicher lässt sich am politischen Verhalten nur zu einem kleinen Teil erfassen. Der Entfaltung seines intuitiven Strebens nach dem Schönen, seinem freundlichen Zug zu einem bescheidenen Hedonismus sind Zwänge, wie sie die Politik mit sich bringt, hinderlich; ohnehin lassen sich die meisten Dinge dieser Welt mit einem bisschen Vernunft und Lebensklugheit regeln. Das Streben nach dem Schönen ist hier nicht das Privileg einer einzelnen Gesellschafts- oder Bildungsschicht, sondern ein in ungezählten Schattierungen vorkommender Wesenszug. Obschon sie zuweilen daran zweifeln und obschon ihnen Rigoristen und Verächter der Kleinstaatlichkeit das Gegenteil einzureden versuchen, sind die Österreicher unverwechselbar. Gewiss prägen die Tiroler Berge und die burgenländische Tiefebene zum Beispiel auch heute noch verschiedene Mentalitäten, doch aller Vielfalt zum Trotz unterscheiden sich die Österreicher heute mehr von andern deutschsprachigen Völkerschaften als intern voneinander. Dank der Bescheidung, die sie nicht bei der Verwirklichung ihrer materiellen Ansprüche üben, haben sie sich eine «Umwelt» im weitesten Sinne erhalten, um die sie weitherum beneidet werden. Wo gibt es, wie im Wald- und im Mühlviertel sanft modellierte, weitgehend unberührte Landschaften, in denen der Wanderer unter anderen Schönheiten auf Juwelen wie das Stift Zwettl oder den Hochaltar von Kefermarkt stösst? In welcher andern Millionenstadt ausser in Wien findet man, um einmal nicht vom Kulturangebot zu reden, im Sommer einen natürlichen Badestrand, in guten Wintern eine natürliche Eislauffläche und eine natürliche Skispur? Wo macht die zweitgrösste Stadt eines Landes der Hauptstadt auf kulturellem Gebiet so beherzt Konkurrenz und geht ihr gelegentlich einen Schritt voraus, wie dies Graz mit Wien tut? Solche im Alltag meist vergessene Werte machen die innere Stärke Österreichs aus.

¹«Ich glaube von jedem Menschen das Schlechteste, selbst von mir, und ich habe mich noch selten getäuscht.» (Die beiden Nachtwandler). — ²In diesem Sommer wurde Gerd Bacher wieder zum Intendanten des ORF gewählt.

(Die Untertitel und Fussnoten stammen von der Redaktion.)